

XVI.

Rumänien.

24. Januar. (Israeliten.) Der Kassationshof entscheidet in letzter Instanz, die in Rumänien geborenen Israeliten seien als Fremde zu betrachten.

1. Hälfte Februar. (Wahlen.) Einschließlich sämtlicher Stichwahlen entfallen von den 183 Sitzen der neuen Deputiertenkammer 126 auf die Regierungspartei, 7 auf die Partei der Unabhängigen, 49 auf die Opposition; ein Abgeordneter ist Sozialist.

1. Hälfte Februar. (Rumänien und die deutsch-österreichische Allianz.) Im Anschluß an eine Reise Minister Sturdza nach Oesterreich und Deutschland taucht die Meinung auf, dieselbe sei erfolgt zum Zweck des Anschlusses Rumäniens an das deutsch-österreichische Bündnis. Demgegenüber erklärt eine Bukarester Zeitschrift der „Pol. Corr.“,

daß von einem Eintritte Rumäniens niemals die Rede gewesen und jeder Widerspruch berechtigt sei, welcher sich gegen von Rumänien angeblich eingegangene Abmachungen richte. Das schließt jedoch, fügt der offiziöse Korrespondent hinzu, nicht aus, daß Rumänien, insoweit dies innerhalb seines eigenen Machtbereiches gelegen sei, sich bereit erklärt habe, die friedlichen Absichten jenes Bündnisses unter der Bedingung zu unterstützen, daß hieraus für die Neutralität des Landes und die Unverletzlichkeit seiner Grenzen kein Nachteil erwachse. Rumänien habe keine Ursache, durch eine Erklärung im voraus seine Haltung in einem etwaigen europäischen Konflikt zu binden, da durch eine prinzipielle Parteinahme das Hauptziel seiner Politik, nämlich die Neutralität, in Frage gestellt würde. Die rumänische Politik der freien Hand bezwecke aber nicht etwa, sich auf Seite des Siegers zu stellen, sondern sie habe die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes Rumäniens jedem Staate gegenüber zum Ziele, von welchem dasselbe gefährdet werden könnte. Da Oesterreich-Ungarn keinen Anlaß habe, Rumänien aus seiner Neutralität herauszudrängen, könne und werde sich Rumäniens Neutralität auch niemals gegen Oesterreich-Ungarn kehren.

1. Hälfte März. (Kabinettswechsel.) Ministerpräsident Bratiano reicht infolge von lebhaften Angriffen in der Kammer seine Entlassung ein. Nach dem Scheitern der Kombination Ghika-Lekka wird Bratiano mit der Neubildung eines Ministeriums betraut. Dasselbe setzt sich in folgender Weise zusammen:

Bratiano, Präsidenschaft und Krieg; Sturdza, Finanzen; Pherekyde, Aeußeres; Racu, Kultus und Unterricht, sowie interimistisch Inneres; Aurelian, öffentliche Arbeiten; Gane, Handel, und Giani, Justiz.

22. März. (Auswärtige Politik.) Ministerpräsident Bra-

tiano erklärt in der Kammer Sitzung in Beantwortung einer Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung:

Wir müssen die rumänischen Interessen wahren, ohne jedoch die Interessen anderer zu verletzen. Der Minister protestiert gegen die Idee der Gründung eines rumänisch-bulgarischen Kaisertums, sowie gegen die Anschuldigung, daß man das Land germanisiere. Deutschland selbst habe an den nationalen Sympathien Rumäniens für Frankreich keinen Anstoß genommen. Als er sich an den deutschen Kanzler um Aufschlüsse über die Weltlage wendet, habe ihm Bismarck gesagt: So Ihr Frieden wollt, seid mit uns, so Ihr Krieg wollt, geht mit anderen. Wir arbeiten, erklärt der Minister, an der Entwicklung der Armee, denn wenn wir den Frieden wollen, müssen wir auch in der Lage sein, unsere Rechte zu sichern. Wir müssen beweisen, daß wir für niemanden besondere Sympathien hegen und daß das Gefühl der nationalen Erhaltung alle unsere Kräfte absorbiert. (Beifall.)

Die Veranlassung zu dieser Eröffnung bildete eine Rede des oppositionellen Redners Blaremborg, der von Bratiano behauptete, daß er die rumänische Armee zu einem Teile der deutschen Armee gemacht, daß das Bündnis Deutschlands und Oesterreichs nur gegen Frankreich gerichtet sei und sich schließlich dagegen verwahrte, daß Rumänien an der Vernichtung der französischen Nation mitwirke, die das Haupt und die Seele aller lateinischen Rassen bilde.

2. Hälfte März. (Oppositionelle Revolten.) In Bukarest kommt es durch Aufhebung seitens der oppositionellen Parteiführer zu wiederholten schweren Tumulten.

Anfang April. (Demission Bratianos.) Bratiano reicht, weil er sich der Schwierigkeit der Situation nicht gewachsen fühlt, seine Demission ein. Nachdem er erklärt, keinem wie immer getarteten Kabinet beitreten zu wollen, wird ein Koalitionsministerium einberufen, das sein Gepräge von den Jungkonservativen erhalten hat. Das neue Kabinet ist in folgender Weise konstituiert: Rosetti, Präsidium und Inneres; Carp, Auswärtiges; Ghermani, Finanzen; Prinz Stirbey, öffentliche Arbeiten; Alexander Marghiloman, Justiz; General Barszji, Krieg; Majoresko, Unterricht und interimistisch Handel.

Die „Köln. Ztg.“ nennt die Jungkonservativen die angesehenste und fähigste Gruppe der Opposition und bemerkt insbesondere: „Die Jungkonservativen sind europäisch gebildet und deutschgesinnt; jedenfalls wird die Vorbedingung für das Zustandekommen jedes neuen Kabinetts das Festhalten an der bisherigen auswärtigen Politik Rumäniens sein.“

9. April. (Regierungsprogramm Carps.) In der Sitzung der Deputiertenkammer verliest der Minister des Auswärtigen, Carp, eine ministerielle Erklärung, welche besagt,

der König habe die dormaligen Minister zu ihren Posten berufen, weil dieselben den Parteien vollständig neutral gegenüberständen und stets unparteiisch sein würden. Was die auswärtige Politik angehe, so sei es

Legende, wenn man behaupte, die Politik Rumäniens sei lediglich im Schlepptau Deutschlands. Insofern als Deutschland keine Politik auswärtiger Einmischung treibe, sondern sich wesentlich in seiner auswärtigen Politik von den Ideen leiten lasse, die es für seine inneren Verhältnisse verfolge, sei die Regierung allerdings ein Anhänger deutscher Politik, weil auch sie die Verbesserung der inneren Lage des Landes ausschließlich im Auge habe.

7. Mai. (Attentat.) Gegen 10 Uhr abends feuert ein als Stadtsergeant verwendet gewesenes Individuum, welches seinerzeit verurteilt, aber begnadigt worden war, zwei Gewehrscüsse auf ein Fenster des königlichen Palais ab, dessen Glasscheiben zertrümmert wurden. Das Individuum, sofort in Haft genommen, stieß Drohungen gegen den König aus. Von offizieller Seite wird versichert, daß der Attentäter irrsinnig ist.

2. Hälfte Dezember. (Verurteilung.) Der ehemalige Kriegsminister Angelescu wird wegen Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten, 3000 Frs. Geldbuße und 30,000 Frs. Entschädigung an den Kriegsminister verurteilt.

22. Dezember. (Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.) In Beantwortung einer Interpellation erklärt Minister Carp,

die Unterhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen Abschlusses eines Handelsvertrags würden auf der Basis der vom Kabinet Bratiano gemachten Vorschläge fortgesetzt. Die Hauptschwierigkeit liege in der Frage der Vieh- ausfuhr. Sobald diese Frage geregelt sei, gebe es kein weiteres Hindernis für den Abschluß. Die Regierung werde diese rein kommerzielle Frage dem politischen Parteigetriebe jedenfalls fernhalten.

Ende Dezember. (Finanzmaßregel.) Die Deputiertenkammer beschließt, die Vorlage betreffend die Eröffnung eines Kredits von 26 Millionen Francs zum Zwecke der Zurückziehung der Hypothekenbilletts der Nationalbank in Erwägung zu nehmen.

XVII.

Serbien.

Anfang Januar. (Radikales Kabinettsprogramm.) Der Klub der Radikalen verhandelt über das Programm, welches für den Fall, ein radikales Kabinet gebildet werden sollte, in Kraft treten soll. Danach ist

- 1) die Kirchenfrage als gelöst zu betrachten, und wird der gegen-